



Presseinformation

Resolution des BUND zur
Atomreaktorkatastrophe
von Tschernobyl

Bund
für Umwelt und Naturschutz
Deutschland (BUND)
Landesverband Baden-Württemberg e.V.

Anerkannter Naturschutzverband
nach § 29 Bundesnaturschutzgesetz

Landesgeschäftsstelle
Erbprinzenstraße 18
7800 Freiburg, den 5. Mai 1986
Telefon (0761) 35 25 4

ATOMREAKTORKATASTROPHE ERFORDERT WELTWEIT DEN UNVERZÜGLICHEN SCHRITT- WEISEN AUSSTIEG AUS DER ATOMENERGIEGENUTZUNG

Die am 3. Mai 1986 in Stuttgart-Kornwestheim versammelten Delegierten des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Baden-Württemberg (BUND) erklären zu der vom sowjetischen Atomkraftwerk Tschernobyl ausgehenden Katastrophe:

1. Der BUND ist zutiefst betroffen über die zahllosen Opfer in der Sowjetunion und äußerst besorgt über die zukünftigen Strahlenschädigten in vielen Ländern, auch in der Bundesrepublik.
2. Die Super-GAU-Atomkatastrophen von Windscale (1957), Kyshtym/Ural (1957), Harrisburg (1979) und jetzt als wahrscheinlich bisher schlimmste die von Tschernobyl zeigen, auf welche unannehmbare und tödliche Bedrohung sich Länder mit Atomenergiegenutzung eingelassen haben, eine Tatsache, die von vielen Regierungen, Behörden, Gerichten und Wissenschaftlern mißachtet wurde.
3. Die Strahlenwolken und Strahlenfolgen großer Atomkraftwerksunfälle machen ähnlich wie die von atmosphärischen Atombombentests an keinen Grenzen halt, sondern sind internationale Katastrophen. Der Tschernobyl-Unfall belastet in fast ganz Europa Natur und Mensch mit erheblicher bis sehr bedrohlicher Radioaktivität. Die gemessenen Strahlenpegel sind nur die kleine Spitze des Eisbergs der Strahlenbelastung: zu den erhöhten Pegeln an Gammastrahlung treten hinzu die schwerer meßbare hohe Betastrahlung der radioaktiven Luftströmung und die auf dem Boden abgelagerten Strahlenstoffe, sowie als besonders starke Gefahr die zahlreichen eingeatmeten und mit der Nahrung aufgenommenen radioaktiven Stoffe. Das radioaktive Inventar eines großen Atomkraftwerks entspricht eben doch dem von mehreren hundert Hiroshima-Atombomben.
4. Neben akuten, d.h. kurzfristigen Strahlenkrankheiten sowie Toten insbesondere in der Sowjetunion, wird der Unfall von Tschernobyl auch in zahlreichen anderen Staaten Europas zu vermehrten Spätschäden wie Krebserkrankungen und Krebstoten, sowie zu zahlreichen anderen Gesundheits- und genetischen Schäden bei Mensch und Natur führen, z.B. Schilddrüsen-, Blut- und Knochenkrebs, Schwächung des Immunsystems und der Vitalität. Die Wissenschaft zeigt, daß es für Langzeitschäden keine unschädliche zusätzliche Strahlendosis gibt.

5. Die Erfahrung auch mit hochmodernen Technologien wie Raumfahrt und Atomenergie lehrt, daß in anderen Ländern und bei uns **100%ige Sicherheit vor katastrophalen Unfällen nicht garantierbar ist**. Bei Atomenergie wirken sich technisches und menschliches Versagen und Mißbrauch **besonders verheerend aus für lebende und künftige Generationen bis hin zum Genozid**. Auch der Unglücksreaktortyp von Tschernobyl galt in internationalen Fachkreisen als sehr verlässlich. (*)
6. Die bisherige mehr als einwöchige **unerträgliche Verharmlosungs- und Verdummungsstrategie verantwortlicher Politiker** in Ost und West nach Beginn der Atomkatastrophe von Tschernobyl hat die notwendigen frühzeitigen Vorsorge- und Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung be- und verhindert. Dies gilt auch für die Bundes- und Landesregierungen, obwohl diesen die bedrohlichen Wetter- und Meßdaten bekannt sein mußten. **Der Schutz der lebensgefährdenden Atomprogramme schien Vorrang vor dem Schutz der Bevölkerung zu besitzen.**
7. Die weltweite Sorglosigkeit bei Uranbergbau, Atomkraftanlagen und Atommüll, sowie der leichtfertige Export von Atomanlagen fordern immer mehr unakzeptable Opfer bei Mensch und Natur. Terror, Sabotage und menschliche Unzulänglichkeiten potenzieren die Gefahren. Dies steht im krassen Widerspruch zu den unerträglich anmaßenden Beschwichtigungen der politischen Entscheidungsträger und der Atomlobby.
8. **Ihren Amtseid**, Schaden vom deutschen Volke abzuwenden, haben die Regierenden speziell in den vergangenen Tagen **verfehlt**. Das **Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit** nach Artikel 2 Abs. 2 des Grundgesetzes **wurde nicht gewährleistet**. Die jetzigen Regierenden in der Sowjetunion und der Bundesrepublik tragen die Verantwortung für die zu erwartenden gesundheitlichen Spätschäden in unserem Land.

DER BUND FORDERT STRENGE KONSEQUENZEN

1. Die Bundes- und Länderregierungen müssen ihre **Fehl- und Falschinformationen** der vergangenen Tage umgehend **korrigieren** und mehrmals täglich aktuelle konkrete Meßergebnisse zur Radioaktivität von Luft, Boden, Wasser und Nahrungsmitteln, sowie das gesamte Ausmaß der kurz- und langfristigen Gefährdung und Schutzmöglichkeiten sofort öffentlich bekanntgeben.
2. Der unverzügliche schrittweise und **weltweite Ausstieg aus der Atomenergienutzung ist unumgänglich**. Der BUND und andere Umweltschutzverbände haben seit Jahren gezeigt, daß eine Stromversorgung auch der Bundesrepublik ohne Atomenergie möglich und Atomenergie gesamtökonomisch und ökologisch nachteilig ist. Viele Staaten wie Dänemark und Österreich kommen ganz ohne Atomenergie aus, Schweden wird in absehbarer Zeit darauf verzichten. **Energie- einschließlich Stromsparen muß Atomprogramme, Atombrüter und Atommüllwiederaufarbeitung ersetzen.**

3. Die weitverbreitete katastrophale Belastung von Mensch und Natur durch den Super-GAU von Tschernobyl muß auch in Verbindung gebracht werden mit den schon bestehenden Umweltbelastungen durch menschliche und industrielle Aktivitäten. Es ist bekannt, daß schon relativ bescheidene radioaktive Belastungen gemeinsam mit chemischen Schadstoffen zu drastisch erhöhten Schadwirkungen auf die Umwelt führen.
4. Solange Atomenergieanlagen noch betrieben werden, ist internationaler Katastrophenschutz unverzichtbar.
5. Politiker, die sich noch unverhohlen für Atomenergie einsetzen, sind nicht mehr wählbar. Der Rücktritt von Bundesinnenminister Zimmermann, Bundesforschungsminister Riesenhuber und Umweltminister Weiser ist erforderlich wegen ihrer infamen Verharmlosung der Unfallfolgen von Tschernobyl.
6. Die Umweltschutzverbände müssen jetzt Sitze und Stimmen in den offiziellen Beratergremien der Bundes- und Länderregierungen erhalten. Denn selbst die schlimmsten seit Jahren von diesen Verbänden vorgetragenen Befürchtungen sind durch die von Tschernobyl ausgehende Atomkatastrophe übertroffen worden.

- Ende der Erklärung der Delegierten -

*** Sowjetischer Katastrophenreaktor vor 3 Jahren in deutscher Atomfachzeitschrift noch hochgejubelt:**

Der Katastrophenreaktor von Tschernobyl/UdSSR galt als sicher. Entsprechendes konnte der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) einem mehrseitigen Fachbeitrag in der deutschen Zeitschrift "Atomwirtschaft - Atomtechnik", dem offiziellen Organ der Kerntechnischen Gesellschaft e.V. (Heft 12/1983) über diesen 1000-Megawatt-Reaktor der RBMK-Reihe entnehmen.

Zitat:

"Die Verlässlichkeit des ganzen Systems ist sehr hoch dank Überwachungs- und Kontrollmöglichkeit..."

"Beim RBMK-1000 sind ... 8 Kreislumpumpen vorhanden." (Anmerkung: für die Kühlung des Reaktors)

Weitere Vorteile und Besonderheiten werden noch zusätzlich benannt, außerdem wird ausgeführt (Zitat):

"Die Reaktoren sind bereits standardisiert und werden im Fließbandverfahren hauptsächlich im Werk "Atommasch" gefertigt. Zur Betriebssicherheit sind die Kraftwerke mit drei parallel arbeitenden Sicherheitssystemen ausgerüstet."

Weiteres Zitat:

"Die Sicherheit wird noch durch die in Russland mögliche Standortauswahl, KKW's in gewisser Entfernung von großen Ortschaften zu erstellen, erhöht."

(aus BUND Presseinformation II zum Tschernobyl-Unfall)

Hinweis: Atomenergieinformation des BUND.

Für alle interessierten Mitbürger bietet die BUND-information 24 in Pro- und Contra-Darstellung eine kritische aktuelle Bestandsaufnahme der Probleme der Atomenergie. der 132-seitige Band ist bestellbar über den BUND LV-Baden-Württemberg, Erbprinzenstr. 18, 7800 Freiburg für DM 12,80.